

Auszüge aus:



# Freies Denken

Nr. 3, Juli 1999, 47. Jahrgang

Mitteilungsblatt des **Humanistischen Verbandes NRW**; ISSN 0947-3432  
Körperschaft des öffentlichen Rechts; Interessenvertretung für  
Konfessionsfreie

## **Hagener Jugendliche auf dem Weg, eine JuHu-Gruppe zu werden**

Die TeilnehmerInnen der am 16.05. stattgefundenen Humanistischen JugendFEIER/weihe haben im Juni eine Fahrt zum Planetarium in Bochum unternommen. Von allen Seiten sind Wunsch und Wille vorhanden, weiterhin als Gruppe zusammenbleiben zu wollen. Selbstverständlich können auch gern weitere interessierte Jugendliche hinzustoßen. Unsere Hagener Freunde brauchen jedoch Unterstützung für eine dauerhafte Betreuung der Gruppe. Interessenten melden sich bei Herbert Wils, Tel.: 02331 43623.

## **Junge Humanisten in Berlin**

Eine Gruppe JuHu's hat im Juni die neue Bundeshauptstadt besucht. Auf dem Besuchsprogramm standen ein Besuch der Ausstellung "Topographie des Terrors", die Besichtigung des Reichstags- und zukünftigen Bundestagsgebäudes, sowie der Besuch einer Sozialeinrichtung des Humanistischen Verbandes Berlin.

## **Brandenburger JuHu's zu Gast in Oer-Erkenschwick**

Das 10jährige Bestehen ihres Jugendheimes feierten brandenburgische JuHu's aus Königwusterhausen und nahmen dies zum Anlaß, das Ruhrgebiet zu besuchen. Bundesvorsitzender Jürgen Springfeld hat die Betreuung übernommen und bei einer Rundfahrt den Besuchern das Vorurteil vom häßlichen Ruhrgebiet genommen.

## **Entzug der Zuschüsse für katholische Schwangerschaftsberatungen**

Die katholischen Bischöfe hatten die Wahl zwischen links und rechts. Sie haben sich für "beides" entschieden... So absurd diese schlitzohrige "Entscheidung" der monatelangen Beratungen zunächst scheint, so schnell wird deutlich, daß die Bischöfe sich um eine (unangenehme) echte Entscheidung gedrückt haben. Der Staat soll durchs Hintertürchen überlistet werden, um die eigenen Privilegien (Finanzierung der Beratungsstellen) zu sichern und interne Auseinandersetzungen zu umschiffen. Der Humanistische Verband NRW fordert die nordrhein-westfälische Landesregierung auf, keine finanziellen Mittel mehr für katholische Beratungsstellen auszugeben und statt dessen den Aufbau eines kirchenunabhängigen Beratungsnetzes zu fördern.

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat bereits am 26. November beschlossen, "unverzüglich die finanzielle Förderung des Landes ... für die Schwangerschaftskonfliktberatung der katholischen Kirche einzustellen, sofern sich diese nicht nach den bundesgesetzlichen Bestimmungen richtet, welche eine ergebnisoffene Beratung ... vorsehen." (Mitteilung des Abgeordnetenhauses Drucksache 13/3662 vom 6. April 1999). Eine Beratung, bei der das Ergebnis von vornherein festgesetzt wird, kann nachvollziehbarer Weise nicht mehr als "ergebnisoffen" bezeichnet werden. Drüber hinaus erinnert der Humanistische Verband NRW an die Möglichkeit des Kirchenaustritts als politisches Mittel des Protestes gegen solch offensichtliche Taktierereien auf Kosten des Staates. Menschen mit katholischer Konfession - die zumeist nie aktiv dieser Kirche beigetreten, sondern durch Säuglingstaufe zwangsaufgenommen wurden - müssen sich fragen, wie

lange sie diese Doppelmoral noch mittragen und mitfinanzieren wollen.

## **Kein ordentliches Unterrichtsfach - Religion!**

In Berlin ist es um die Einführung von Religion als ordentliches Unterrichtsfach zu einem heftigen Streit zwischen den Koalitionspartnern SPD und CDU gekommen. Der Kultur-Staatssekretär von Pufendorf (CDU) hat mit der evangelischen Kirche einen Staatsvertrag geschlossen, der vorsieht, Religion als Wahlpflichtfach an den Berliner Schulen einzuführen. Dies würde bedeuten, dass diejenigen SchülerInnen, die nicht an dem Fach Religion teilnehmen wollen - und dies sind zur Zeit in Berlin etwa drei Viertel - den Unterricht in einem Ersatzfach besuchen müssen. Der Staatsvertrag wird erst gültig, wenn er von Senat und Abgeordnetenhaus bestätigt wird. Die bisherige Regelung, dass Religion entgegen dem Grundgesetz kein ordentliches Fach ist, beruft sich auf die Bremer Klausel (§141, Grundgesetz). Danach darf Berlin wie in Bremen eine eigene Regelung treffen, weil das Berliner Schulgesetz von 1948 kein ordentliches Unterrichtsfach Religion vorsieht. Der Koalitionsvertrag von SPD und CDU sieht vor, dass in der Frage des Religionsunterrichts die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, wo dementsprechende Klagen anhängig sind, abgewartet wird. [1] Die PDS hat sich in einer Presseerklärung vom 02.06.99 gegen die Einführung von Religion und Ersatzfächern als Wahlpflichtbereich ausgesprochen. Wenn es darum ginge, "Wissen über Philosophie, Ethik und Religionen zu vermitteln und Verständnis für ethische Fragen, politische, historische und kulturelle Zusammenhänge zu vermitteln, so müsse dies in der Schule in allen Fächern und fächerübergreifend in Projekten geschehen". Die Einführung von Religion als Wahlpflichtfach würde die Trennung von Staat und Kirche im Berliner Bildungswesen aufheben. [2] Zu den Ersatzfächern ist anzumerken, dass die Großkirchen diese vehement bekämpft haben, solange das Fach Religion gut besucht wurde. Seit aber immer mehr Schüler auf die kirchliche Missionierung verzichten wollen, wurde auf Drängen der Kirchen in vielen Bundesländern Pflichtersatzfächer eingeführt. Und der Einfluss der Kirchen sowohl auf den Lehrplan dieser Ersatzfächer als auch auf die Ausbildung der Lehrkräfte ist zum Teil recht groß. Eine Ausnahme bildet das Fach Lebenskunde in Berlin, das vom Humanistischen Verband angeboten wird. Die Nachfrage nach diesem Angebot wächst trotz Freiwilligkeit, was den Kirchen ein Dorn im Auge ist. Heike Jackler, (["http://www.humanist.de"](http://www.humanist.de))

## **VI. Dortmunder Nietzsche-Kolloquium "Als Kind Gott im Glanze gesehen"?**

Der frühe Nietzsche (1844-1864) in seinem Verhältnis zu Antike und Christentum stehen. Das für alle Interessenten offene Nietzsche-Kolloquium soll wiederum Sachkenner und kompetente Kritiker unterschiedlicher Disziplinen sowie an Nietzsche Interessierte als Hörer zu möglichst intensiver und produktiver Diskussion zusammenführen. Unterstützung bleibt wichtig, doch Eintritt wird nicht erhoben. Das Kolloquium findet vom 07.-09. Juli an der Uni Dortmund, Emil-Figge-Str. 50, Hörsaal 3 statt.

## **Karlheinz Deschners Lebenswerk jetzt als Film aufbereitet**

Deutschlands bekanntester Kirchenkritiker Karlheinz Deschner feierte am 23. Mai seinen 75. Geburtstag. Aus diesem Anlaß erschien ein Video, das sein Lebenswerk filmisch aufbereitet. Autorin ist die Düsseldorfer Filmemacherin Ricarda Hinz. Der von ihr gewählte Titel "Die haßerfüllten Augen des Herrn Deschner" spielt ironisch darauf an, daß die mit höchster Genauigkeit und viel Sorgfalt verfaßten Darlegungen des Autors von seinen Gegnern oft einfach als "Haßtiraden gegen die Kirche" abgetan werden. Die öffentliche Auseinandersetzung um Deschners Monumentalwerk "Die Kriminalgeschichte des Christentums" (bisher sind im Rowohlt Verlag sechs Bände erschienen) ist denn auch das Thema, das "Die haßerfüllten Augen des Herrn Deschner" behandelt. Prominente Kirchenvertreter kommen in dem Film ebenso zu Wort wie radikale Kirchenkritiker. Ein fiktives Streitgespräch über "Die Kriminalgeschichte des Christentums" entwickelt sich: Eine Konfrontation, die in der Realität nie zustande gekommen wäre. Gleichzeitig zeichnet die Montage der verschiedenen Aussagen ein Bild vom Lebenswerk Deschners. Das Video "Die haßerfüllten Augen des Herrn Deschner" kann in Deutschland für DM 39.- plus DM 4,40 Versandkosten beim HVD, Landesverband Berlin, Wallstraße 61-65, 10179

Berlin, Telefon 030 613 90431, bestellt werden.

## **Amerikas neues Konzept zur Bekämpfung der Jugendkriminalität**

Amerika hat ein neues Gesetz erlassen, das den Aushang der Zehn Gebote in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen erlaubt. Die Vorlage des republikanischen Abgeordneten Robert Aderholt erhielt im Repräsentantenhaus eine überragende Mehrheit von 287 zu 139 Stimmen. Der Verfasser des Gesetzes Aderholt erklärte "das Gesetz befördere die Moral und führen ein Ende der Entwicklung herbei, dass Kinder Kinder umbringen." Als ob es der Bibel jemals gelungen wäre das Töten unter den Menschen zu verhindern. Im Gegenteil die Geschichte lehrt uns, dass gerade die Bibel die Grundlage für unzählige Gewalttaten lieferte und immer noch liefert. Unterstrichen wird diese These durch ein weiteres neues Gesetz, das den Erwerb von Schusswaffen auf Waffenmessen erleichtert. Das neue Waffengesetz ist ein erneuter Sieg für die einflussreiche Waffenlobby der National Rifle Association (NRA). Viel scheinen die Amerikaner aus dem Schulmassaker von Littleton in Colorado nicht gelernt zu haben. Mit der Bibel erreicht man es sicher nicht, Jugendliche von Gewalttaten abzuhalten. [Quelle: dpa, 18.06.1999]

## **Kirchen sollen Beiträge selber eintreiben**

Jetzt zeigte auch FDP-Chef Wolfgang Gerhard bei einem Interview im Hessischen Rundfunk dem Finanzgebaren der Kirchen die gelbe Karte. Obwohl er die kirchlichen Werte nicht in Frage stellte, meinte Gerhard doch, die Kirchen sollten ihre Beiträge nach einem eigenen System berechnen und eintreiben. Wie der FDP-Vorsitzende sehen immer mehr Politiker die Unsinnigkeit ein, die Vereinsbeiträge der Kirchen starr an das staatliche Steuersystem zu binden. [Quelle: Radio Vatikan, 02.-05.06.99]